

Partnerschaft und Eigenverantwortung

Frank Spengler

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika erfährt derzeit eine erhöhte politische Aufmerksamkeit auf nationaler wie internationaler Ebene. In Deutschland ist es vor allem Bundespräsident Horst Köhler, der immer wieder bei seinen Besuchen in Afrika und in wichtigen Reden im Inland dieses Thema in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rückt. Vor diesem Hintergrund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Thesenpapier vorgelegt, in dem zentrale entwicklungs- und sicherheitspolitische Herausforderungen in Afrika sowie Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen an die Politik formuliert werden. Das Thesenpapier wurde im Rahmen einer Mitarbeiterkonferenz für Afrika und Nahost abschließend diskutiert und verabschiedet.

Zu den wichtigsten Herausforderungen Afrikas zählen Armut und schlechte Regierungsführung. Regierungen sind die Hauptverantwortlichen für die Lösung der existenziellen Probleme ihrer Bevölkerungen sowie für die Bewahrung des Friedens. Der Anteil Afrikas am Welthandel liegt bei derzeit weniger als zwei Prozent. Etwa dreißig Millionen Menschen in Afrika (sechs Prozent der Bevölkerung Afrikas) sind HIV-infiziert oder an Aids erkrankt. Die Mehrzahl aller kriegesischen Konflikte findet in Afrika statt und betrifft über 150 Millionen Menschen. Korruption ist in Afrika besonders weit verbreitet. Die Auswirkungen des derzeitigen Klimawandels erlebt Afrika in massiver Weise, ohne diesen durch seinen Energieverbrauch substanziell zu

verursachen. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, der Neupositionierung Russlands und dem Aufstieg Chinas und Indiens entwickelt sich eine neue multipolare Weltordnung, in der Afrika bisher eine untergeordnete Rolle spielt. Nicht selten wird Afrika auf seine Rolle als Rohstofflieferant oder im Kontext der Millenniumsentwicklungsziele als Hilfsempfänger reduziert. Dieses Bild von Afrika als marginalisiertem und abgekoppeltem Katastrophenkontinent, an dem die Dynamik der Globalisierungsprozesse vorbeigeht und der geopolitisch kaum relevant ist, entspricht immer weniger der Realität.

Jenseits humanitärer und moralischer Verpflichtungen gerade für christliche Demokraten gegenüber einer benachteiligten Bevölkerung liegt es im ureigensten Interesse der Staatengemeinschaft, Afrika auf seinem Entwicklungspfad zu unterstützen. Die Dynamik der Globalisierung verbietet die Marginalisierung von 48 beziehungsweise 53 Staaten Afrikas und seiner mehr als 700 Millionen Einwohner. Globale Bedrohungen und Herausforderungen wie Terrorismus, Klimaveränderungen und Pandemien können nur global und gemeinsam mit afrikanischen Partnern überwunden werden. Die deutsche Entwicklungspolitik hat über vier Dekaden einen Beitrag zu einer Partnerschaft mit Afrika geleistet. Diese Kooperation bildet eine Grundlage für die weitere Zusammenarbeit, jedoch müssen innovative und neue Ideen und Konzepte entwickelt werden, die über die bisheri-



Während eines
viertägigen Staats-
besuches im Januar 2007
in Ghana im Rahmen
seiner Initiative
„Partnerschaft für Afrika“
tanzt Bundespräsident
Horst Köhler
mit dem Präsidenten
von Ghana,
John Agyekum Kufuor.

© picture-alliance/dpa
Foto: Wolfgang Kumm

gen Strategien und entwicklungspolitischen Ansätze hinausgehen. Wie in dem Thesenpapier ausführlich dargestellt, sollte sich die deutsche Entwicklungspolitik an folgenden Postulaten orientieren:

***Erstens:
Gemeinsame Werte zur Grundlage einer
Interessenpartnerschaft machen***

Ausgangspunkt der Entwicklungszusammenarbeit muss die Würde des Menschen sein. Daraus leitet sich eine moralische (und rational begründbare) Verpflichtung zur aktiven Solidarität mit den Ärmsten dieser Welt ab. Deshalb muss das Verhältnis zu unserem Nachbarkontinent von Achtung vor der Würde der Menschen, gegenseitigem Respekt und symmetrischer Partnerschaft geprägt sein. Dies schließt eine Reduzierung der Partner auf ihre Rolle als Geber und Nehmer aus und führt zu einer Beziehung auf gleicher Augenhöhe.

Der Schutz der Menschenwürde und die Förderung universal gültiger Menschenrechte (als deren rechtliche Kodifizierung) müssen die Grundlage einer Wertepartnerschaft mit Afrika darstellen, die ergänzt werden muss um die Grundwerte

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die sich ja auch in der Charta der Afrikanischen Union finden. Diese Wertepartnerschaft stellt eine solide Grundlage für eine ehrliche Partnerschaft dar, in der gemeinsame und gegenseitige Interessen verfolgt werden. Afrika ist nicht einfach Ort einer Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern ein Kontinent, an dem und an dessen Wohlfahrt die Staatengemeinschaft vitale Interessen besitzt. Das Verfolgen von Interessen darf allerdings die Werte der Partnerschaft nicht unterminieren. Das ökologische Interesse der Bestandhaltung des afrikanischen Regenwaldes, von dessen Reichtum an Flora und Fauna, ist von zunehmender globaler Bedeutung. Darüber hinaus ist Deutschland als ressourcenarmes Land stark auf den Import gerade mineralischer Ressourcen aus Afrika angewiesen. Als Exportmarkt ist Afrika für zahlreiche deutsche Produkte von großem Interesse. Gemeinsame und gegenseitige wirtschaftliche Interessen sichern dabei Arbeitsplätze auf beiden Seiten. Neben dem humanitären Interesse an Frieden und Sicherheit für die Menschen in Afrika hat Deutschland ein sicherheitspolitisches Interesse an stabilen politischen Verhält-

nissen, damit keine Gefahren und globalen Bedrohungen von Afrika ausgehen. Zu Flüchtlingsbewegungen haben nicht nur die zahlreichen Konflikte in Afrika geführt. Auch die schlechte wirtschaftliche Situation führt zu Migrationen, häufig in Richtung Europa. Es gibt somit auch ein innenpolitisches Interesse daran, dass die Menschen in Afrika in Frieden und Wohlstand leben.

Zweitens:

Afrikanische Eigenverantwortung einfordern und Reforminitiativen stärken

Alle wohlmeinenden Vorschläge zur Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika können nur dann ihre Wirkung erzielen, wenn sie an die zunehmend sichtbaren Reformanstrengungen einzelner afrikanischer Staaten und Akteure anknüpfen. In der Neugründung der Afrikanischen Union (AU) 2002 und der Initiative zu einer Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) 2001 haben es afrikanische Staaten unternommen, die weltweiten Standards von Demokratie und Rechtsstaat als normative Zielperspektiven zu verfolgen. Sie sind nicht nur zwei prominente Beispiele und Ausdruck zunehmender Eigenverantwortung Afrikas. Sie sind zugleich Evidenz einer lebendigen Partnerschaft, die von gemeinsamen Werten und Interessen, von gegenseitigem Respekt und von dem Vertrauen in die Leistungsfähigkeit afrikanischer Reformbemühungen geleitet ist.

Die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung zur Lösung afrikanischer Probleme verdient moralische wie finanzielle Unterstützung und intensive Kooperation. Deshalb sollen vorrangig Länder unterstützt werden, in denen positive Anstrengungen sichtbar sind. Eine Reformpartnerschaft verdient allerdings nur dann ihren Namen, wenn diese Partnerschaft konstruktiv begleitet wird, wenn Probleme und Rückschläge offen

angesprochen werden können und gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. Deshalb ist das konsequente Einfordern der von der Afrikanischen Union selbst formulierten Grundsätze wie Demokratie, Rechtsstaat und guter Regierungsführung auch als Ausdruck gelebter Partnerschaft zu verstehen.

Drittens:

Rechtsstaatlichkeit und Good Governance zum Ausgangspunkt machen

Rechtsstaatliche Normen und Institutionen haben nicht nur eine herausragende Bedeutung für den Aufbau und Bestand von demokratischen Gemeinwesen; ohne sie ist nachhaltige Entwicklung nicht möglich. Rechtsstaatliche Strukturen sind zudem Garanten universal gültiger Menschenrechte und Freiheiten. Sie zu fördern muss Priorität entwicklungspolitischer Bemühungen sein.

Die zentrale Rolle und Relevanz von *Good Governance* für nachhaltige Entwicklung macht ein erhöhtes Engagement in diesem Bereich unabdingbar. Der Schwerpunkt muss dabei beim Aufbau funktionierender staatlicher und demokratischer Strukturen und eines intakten Mehrparteiensystems liegen, um entwicklungsorientiertes Regierungshandeln und aktiven Parlamentarismus zu fördern, die Unabhängigkeit der Judikative und Rechtssicherheit für Personen und Investoren sowie die Partizipation der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Die bewährten Instrumente der deutschen Entwicklungspolitik, insbesondere die wertebundene Aus- und Fortbildung afrikanischer Eliten und die Förderung von deren entwicklungsorientiertem Handeln, müssen hier gezielt zum Einsatz kommen. Allerdings ist eine klare Arbeitsteilung zwischen den Organisationen notwendig, um Synergien zu schaffen.

Die politischen Stiftungen haben als Pioniere im Bereich *Good Governance* in über vierzig Jahren ein hohes Maß an Er-

fahrungen gesammelt und ein umfassendes Netz an politischen Kontakten weltweit aufgebaut. Da die Relevanz von guter Regierungsführung gerade in den letzten Jahren von allen Akteuren erkannt wurde, muss der Rolle der politischen Stiftungen Rechnung getragen werden. Ihr besonderer Beitrag besteht in solchen Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit, die Wertorientierung und Normen zum Inhalt haben. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit muss verstärkt durch die Arbeit der politischen Stiftungen ergänzt werden. Deshalb wäre es nur konsequent, neben der technischen und finanziellen Zusammenarbeit (TZ und FZ) die politische Zusammenarbeit (PZ) zu einer eigenständigen Säule der deutschen Zusammenarbeit mit adäquater Mittelausstattung auszubauen.

Viertens:

Friedenssichernde Maßnahmen unterstützen und Sicherheit schaffen

Frieden und Sicherheit sind unabdingbare Voraussetzungen für Entwicklung. Konfliktmanagement und Krisenprävention sind deshalb elementare Interventionsbereiche. Partikularinteressen einzelner Staaten dürfen nicht zu einem Minimalkonsens führen, der die Integrität der deutschen Entwicklungspolitik kompromittieren würde. Da universal gültige Menschenrechte deren Ausgangspunkt sind, dürfen diese auch nicht gegen einzelne Interessen abgewogen werden.

Afrikanische Konflikte und Kriege müssen primär durch afrikanische Friedensinitiativen eingedämmt und beendet werden. Der 2004 gegründete Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union und der Aufbau einer afrikanischen Friedenstruppe bis 2010 verdienen deutliche Unterstützung, um sie in die Lage zu versetzen, selbst effektiv (subsidiär) zu agieren, ebenso Initiativen zum Aufbau eines Frühwarnsystems, zur Eindämmung des Waffenhandels sowie afri-

kanische (und internationale) Friedenseinsätze.

Fünftens:

Marktwirtschaft verwirklichen und Handel intensivieren

Öffentliche Mittel allein reichen nicht, um die Probleme Afrikas zu lösen, dessen Armut und armutsrelevante Phänomene zu verringern. Sie sollten zunehmend dafür investiert werden, neben den politischen auch die ökonomischen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Die Schaffung sozialer und marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen befördert privatwirtschaftliches Engagement sowie nationale und ausländische Direktinvestitionen. Der Zugang zu internationalen Märkten, besonders den Agrarmärkten, muss deshalb erleichtert und faire Handelsbedingungen für afrikanische Produkte und Dienstleistungen müssen geschaffen werden. Zusammen mit dem Abbau von Subventionen und Zöllen würde die öffentliche Entwicklungshilfe wesentlich stärkere Entwicklungsimpulse geben.

Entschuldungsinitiativen, welche mit der Behebung der Ursachen erneuter Verschuldung einhergehen, können Staats Haushalte entlasten und Mittel zur Förderung der Wirtschaft und des Handels freisetzen.

Partnerschaften des öffentlichen und privaten Bereichs (PPP) stellen Anreize für privatwirtschaftliches Engagement zur Verfügung. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen, bildet sich eine gesellschaftliche Mittelschicht aus, die informellen Bereiche der Wirtschaft transformieren sich zunehmend zu formellen Wirtschaftsformen, und zusätzliche Steuereinnahmen werden generiert.

Verbesserte Wirtschaftstätigkeit und zunehmendes Wirtschaftswachstum in Afrika selbst können Armut wohl am nachhaltigsten bekämpfen. Ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Leis-

tungsbereitschaft der afrikanischen Partner ist hierzu jedoch unabdingbare Voraussetzung, ebenso wie Transparenz in allen Bereichen und Ebenen, vor allem im Rohstoffbereich (vergleiche die *Extractive Industry Transparency Initiative* – EITI).

Sechstens:

Lebens- und Überlebenschancen verbessern – Bildung und Gesundheit

Qualifizierte Demokratien setzen gebildete und informierte Bürger voraus. Eine florierende Wirtschaft benötigt qualifizierte und gut ausgebildete (und gesunde) Fachkräfte. Der Ausbau der Bereiche Grund-, Aus- und Weiterbildung ist gerade deshalb von zentraler Bedeutung.

Faire Partnerschaft muss aber auch den Wissens- und Know-how-Transfer durch eine verbesserte Kooperation mit afrikanischen Hochschulen insbesondere bei der Ausbildung von Experten und Eliten intensivieren. Die HIV/Aids-Pandemie und andere, auch armutsbedingte Krankheiten stellen ein gravierendes humanitäres, gesellschaftliches und volkswirtschaftliches Problem dar. Gerade in den Gesundheitssektor muss deshalb mehr investiert werden, wobei sich hier vor allem multilaterale Initiativen und globale Fonds anbieten.

Siebtens:

Zukunft sichern: Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz

Der schonende Abbau und verantwortungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen in Afrika sind in Afrikas eigenem Interesse von globaler Bedeutung und seit vielen Jahren Schwerpunkte deutscher Entwicklungspolitik. Der Schutz des tropischen Regenwaldes im Kongo-Becken und andere, nicht nur für Afrika, sondern darüber hinaus global wichtige Initiativen müssen weiter unterstützt werden. Dies macht die Fortentwicklung und den Einsatz erneuerbarer Energien,

insbesondere der Solarenergie, zur zukunftsweisenden Investition in Afrika.

Die Bekämpfung und Eindämmung der Wüstenbildung, Anstrengungen für ein vernünftiges und grenzüberschreitendes Wassermanagement sind nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern zunehmend sicherheitsrelevant. Schließlich befürchten Experten, dass die Kriege der Zukunft nicht um Öl, sondern um Wasser geführt werden, vor allem in Afrika.

Achtens:

Entwicklungsinisiativen harmonisieren und Politik kohärenter gestalten

Die Harmonisierung des Engagements möglichst aller Geber (einschließlich multilateraler Organisationen) und eine vernünftige Arbeitsteilung würden die Effektivität des Mitteleinsatzes wesentlich erhöhen und zu besseren Ergebnissen führen. Auch der Einsatz der Instrumente und Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit muss zwischen den Gebern besser abgestimmt werden (*joint donor approach*), komplementär und zugleich differenziert und maßgeschneidert sein.

Die Millenniumserklärung vom September 2000 und die Millenniumsentwicklungsziele, bei denen sich 189 Staaten acht ehrgeizige Ziele gesteckt haben, waren Meilensteine auf dem Weg zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele, um globale Probleme zu bewältigen. Die internationalen Konferenzen von Rom 2003 zur Geberharmonisierung und von Paris 2005 zu mehr Effektivität in der Entwicklungspolitik konnten einen breiten Konsens in der Gebergemeinschaft herstellen. Um die Herausforderungen Afrikas, deren globale Dimension immer evidenter wird, effektiv anzugehen, muss die bisher erreichte Politikkohärenz aber weitergehen.

Entwicklungszusammenarbeit in Afrika bleibt an vielen Orten wirkungslos, wenn auswärtige Partikularinteressen (wie zum Beispiel Chinas im Sudan) die

politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen von afrikanischen Ländern negativ beeinflussen und Völkermord billigend in Kauf nehmen. Das Insistieren auf guter Regierungsführung als neuem Paradigma der (westlichen) Entwicklungspolitik wird zur Farce, wenn es nicht als universal gültiges Leitbild von allen Staaten anerkannt wird. Deshalb muss *Good Global Governance* von beiden Entwicklungspartnern kohärent und konsequent eingefordert werden. Darüber hinaus muss Politikkohärenz in der Partnerschaft mit afrikanischen Ländern in Deutschland hergestellt werden. Institutionelle Eigeninteressen einzelner Ressorts, persönliche Motive und schwer nachvollziehbare Zuständigkeiten führen zu inkonsistentem Auftreten Deutschlands in Afrika. Konvergierende Ziele und Strategien über alle Ressorts hinweg (ein nationaler Aktionsplan für Afrika) und klare Zuständigkeiten (ein Afrikabeauftragter mit Richtlinienkompetenz und „robustem“ Mandat) sind Voraussetzung für ein konsistentes und effektives Auftreten Deutschlands im Rahmen multilateraler Organisationen, aber auch unseren afrikanischen Partnern gegenüber.

Neuntens:
Sektorale, regionale und organisatorische Konzentration vorantreiben

Die derzeitige Mittelsituation sowie die Einsicht in die begrenzten Erfolgsaussichten machen eine stärkere Schwerpunktsetzung für die Zusammenarbeit mit Afrika unumgänglich. Um insbesondere die skizzierten Probleme effektiv angehen zu können, ist es vor allem erforderlich, sich auf Schlüsselsektoren zu konzentrieren. Priorität genießen sollten dabei die Bereiche *Good Governance*, Wirtschaft und Handel, Bildung und Gesundheit, Frieden und Sicherheit sowie Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz.

Für die internationale Staatengemeinschaft ist es unumgänglich, sich in allen

afrikanischen Ländern sichtbar zu engagieren. Die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit hingegen muss sich in ihrem Engagement konzentrieren auf einige Länder in Afrika, um die Erfolgsaussichten zu erhöhen. Kriterien sollten dabei Bedürftigkeit (Solidarität), politische Bedeutung (Signifikanz), wirtschaftliche Relevanz (deutsche Interessen) und die Eignung als Partner sein. Die politische Bedeutung hängt dabei vor allem von der Bevölkerungsgröße, der internationalen Präsenz und der Fähigkeit zur Machtprojektion ab. Die wirtschaftliche Bedeutung wird insbesondere determiniert durch die Größe des Marktes, die wirtschaftliche Dynamik, gerade des Außenhandels, sowie die Ausstattung mit Rohstoffen. Bei der Eignung als Partner sind die Erfolgsaussichten bei reformorientierten Ländern und sogenannten *Good Performers* sicherlich größer. Schwierige Partner und Länder mit *Bad Governance* können dabei besondere Herausforderungen für nichtstaatliche Organisationen wie politische Stiftungen darstellen, deren Interventionsmöglichkeiten flexibler sind und nicht den bilateral vereinbarten Sektoren unterliegen.

In Afrika sind zahlreiche multilaterale Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Dabei kommt es nicht selten zum Aufbau von doppelten Strukturen, ähnlichen Programmen, Doppelungen aufgrund fehlender Absprachen, Synergiedefiziten et cetera. Deutschland beteiligt sich insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen an zahlreichen dieser multilateralen Institutionen, ohne dafür adäquaten politischen Einfluss nehmen zu können. Die entwicklungspolitische Relevanz und Effizienz dieser Institutionen sollte überprüft werden, eine Konzentration des deutschen Engagements auf wichtige und effektive Institutionen ist angebracht. Da die Effektivität der multilateralen Zusammenarbeit „zu wünschen übrig lässt“ – wie der aktuelle Prüfbericht der

OECD/DAC über die deutsche Entwicklungszusammenarbeit feststellt – und diese derzeit dennoch über vierzig Prozent der deutschen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Assistance*, ODA) erhält (obwohl der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Obergrenze von dreißig Prozent für Beiträge des BMZ für angemessen hält), ist eine entsprechende Rückführung und Umschichtung zugunsten der bilateralen Zusammenarbeit in angemessenem Umfang wichtig.

Die staatlichen wie nichtstaatlichen Organisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit können mit ihrem pluralistischen Ansatz auf allen Ebenen der Kooperation flexibel und konstruktiv intervenieren. Eine stärkere Koordinierung von deren Engagement und eine gezielte Profilbildung würde diese Stärke noch sichtbarer machen können.

Zehntens:

Den Mitteleinsatz effektiver gestalten

Angesichts begrenzter Mittel ist eine höhere Effektivität der internationalen Entwicklungszusammenarbeit dringend erforderlich. Dies mahnt nicht nur der Bundesrechnungshof in seinen Berichten zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit an, sondern dies wurde in zahlreichen internationalen Deklarationen gefordert, zuletzt und besonders prominent in der *Paris Declaration on Aid Effectiveness* von 2005. Doch selbst bei effizientem Einsatz der öffentlichen Mittel werden diese nicht in hinreichender Form zur Verfügung stehen, um die massiven Probleme Afrikas in den Griff zu bekommen. Zwar wird schon seit 1964 die Erhöhung der ODA auf 0,7 Prozent des BNP gefordert und wurde im EU-Stufenplan vom Mai 2005 schließlich als verbindliches Ziel für 2015 festgelegt. Doch auch wenn die alte und neue Bundesregierung die Errei-

chung von 0,7 Prozent als Zielvorgabe offiziell formuliert haben, stellte und stellt deren Erfüllung eine große finanzielle Herausforderung für den Bundeshaushalt dar – selbst beim Einsatz innovativer Finanzierungsinstrumente.

Im Übrigen hat die Forderung nach einer massiven Erhöhung der ODA dazu geführt, dass immer mehr Wissenschaftler den Zusammenhang von Einsatz und Wirksamkeit der Mittel analysieren und hinterfragen. Schließlich haben verschiedene Initiativen in den letzten Jahren, vor allem die britische G8-Ratspräsidentschaft 2005, wichtige Akteure wie Jeffrey Sachs (als Berater des ehemaligen Generalsekretärs Kofi Annan) sowie medienwirksame Benefizkonzerte, vielerorts den Eindruck erweckt, dass durch die bloße Erhöhung der Entwicklungshilfe die Probleme Afrikas gelöst werden können („viel hilft viel“). Der von Sachs geforderte *Big Push* suggerierte zudem eine *Big Trap*, eine große und tragische Entwicklungsfalle, in die Afrika geraten sei und aus der man das Land nur durch massive Unterstützung von außen (wie ein *deus ex machina*) befreien könne.

Neuere Studien kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass es keinen linearen *Input-Output*-Nexus gibt und nicht mit jedem zusätzlichen Euro der entwicklungspolitische Ertrag in gleichem Maße zunimmt, ab einem gewissen ODA-Niveau der Effekt sogar negativ sein kann. Hinzu kommt, dass eine erhöhte ODA zu größeren Abhängigkeiten und zu langfristigen volkswirtschaftlichen Problemen führen kann. Die quantitative Erhöhung der ODA (*Input*) muss deshalb einhergehen mit einer qualitativen Verbesserung der Konzepte und Instrumente (*Output*). Ein noch effizienterer und gezielterer Einsatz öffentlicher Mittel ist daher dringend erforderlich, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen.